

Bezugsgebühr:

Die Bezahlung der Zeitungen ist auf die
Postämter und Postanstalten, auf
die Post- und Telegraphen- und Eisenbahn-
verwaltung sowie auf die Polizei und die
Stadtverwaltung beschränkt. Die Ausgabe
der Zeitungen ist auf die Postanstalten, auf
die Post- und Telegraphen- und Eisenbahn-
verwaltung sowie auf die Polizei und die
Stadtverwaltung beschränkt. Die Ausgabe
der Zeitungen ist auf die Postanstalten, auf
die Post- und Telegraphen- und Eisenbahn-
verwaltung sowie auf die Polizei und die
Stadtverwaltung beschränkt.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden

Kommunikationsstelle Markneukirchen.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Schlaflosigkeit

Aufregung, geist. Überanstrengung pp. haben sich

Dr. Wartburgs Apotheke - Neuen-
Friedrichsvorstadt bewilligt. Flasche
2 fl. M. Alkoholkonf. und Verwandt
Salomonis-Apotheke
Dresden-A., Neumarkt 8.

Anzeigen-Carit.

Einnahme des Anzeigenblattes
nachmittags 3 Uhr. Sonn- und
Feiertage nur Sonntagsmorgens ab
11 bis 12 Uhr. Die 1. polige
Grußkarte ist 8 Pfennig ab. Ein
Grußkartenabonnement für 12 Monate
kostet 1.50 M. Eine Grußkarte
auf Zeitung 50 Pfennig; als Einzelstück
25 Pfennig von Dresden zu
Tiefenbach 75 Pfennig, von anwärts
1 M. In Nummern nach Sonn-
und Feiertagen: 1 polige Grußkarte
50 Pfennig, auf Zeitung 40 Pfennig.
Zweipolige Karte als Einzelstück von
Dresden 25 Pfennig. — Die
Grußkarte ist zuerst am Morgen
und Abendblätter dienten. Zu
mehrere Auflage mit einem
Vorabdruck. Preisblätter
werden 10 Pfennige.

Gemütsreiter: Nr. 11 und 2006.

Ullrichs Pianinos

und vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.

1 Pianino-Schlüssel 1 M. (am Pirnaischen Platz).

Kios-Jacca-Dubec

Aromatische 3 Pf. Cigarette

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungs-Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.



* GALERIE ERNST ARNOLD, 34 Schloss-Strasse 34. *

Kollektiv-Ausstellung Max Liebermann, former Leistikow, Slevogt, Kalkreuth, Baum etc. Geöffnet von 9-7 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.

Mr. 100. Spiegel: Arbeiten des Reichstags, Königskrone, Blötenverein, Gehandelszustand, Westl. Pol. Mattock, Witterung; parl. Sache u. Gemeinhalt, Engl. Heeresvorlage, Monte Carlo-Tour in Berlin, Lotterieklasse, Kühl, Niederschläge. **Donnerstag, 11. April 1907.**

Der Reichstag

ist wieder in Berlin zusammengetreten, um nach der Osterpause mit frischen Kräften seine Arbeit aufzunehmen. Während der Parlamentssessionen haben die Parteien ihre papierenen Kanonen spielen lassen und sich prinzipiell über ihre Stellung zueinander und zur Regierung auseinandergesetzt. Wer alle die Stimmen, die sich dabei zu Gehör gebracht haben, einigermaßen ausmerksam verfolgt hat, kann zweierlei konstatieren: einmal, daß der Groß des Zentrums und der Sozialdemokratie in stetem Wachsen begriffen ist und beide Parteien voraussichtlich in immer schärfere Oppositionsstellung zur Regierung treiben wird, während andererseits die Gruppen des nationalen Blocks in den Versuchen fortfahren, sich trotz aller grundähnlichen Verschiedenheiten aneinander zu gewöhnen und ineinander einzuleben. Als erfreuliche Tatsache ist in dieser Hinsicht zu konstatieren, daß bis jetzt noch keine konservative Stimme die vom Reichskanzler in Aussicht genommenen Konzessionen an den Liberalismus grundähnlich abgelehnt hat. Selbst in einer so heissen Frage wie der der Börsenreform, an welche die rechtsstehenden Parteien in Erinnerung an frühere Verhältnisse begreiflicherweise nur mit großer Vorsicht herantreten, hat noch jüngst die „Deutsche Tageszeitung“ versichert, daß man auch hierbei den gescheiterbaren Vorschlägen des Reichskanzlers ein gewisses Wohlwollen entgegenbringen werde, nur müsse man verlangen, daß auch von der anderen Seite jedes verlebende Einschreiten partei-politischer Tendenzen verhindert vermieden werde. Das heißt loyal gesprochen, und der Reichskanzler dürfte es bei seinem oft bewährten Vermittlungsgeschick nicht allzu schwer haben, die feindlichen Brüder auf der mittleren Linie zu einigen. Seither haben sich in letzter Zeit die „Unentwegten“ im freisinnigen Lager wieder unangenehm manig gemacht und gelegentlich des Delegiertenstages des Liberalen Wahlvereins eine Sprache geführt und mit Forderungen lockert, die geeignet sind, dem liberal-konservativen Paarungsgedanken, wie ihn Fürst Bismarck in die parlamentarische Praxis umzusehen bestrebt ist, ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Man verlangte — unter dem Baume Barth's und Raumanns stehend —, daß der Freisinn, statt östlichen Kompromissens mit Regierung und Konservativen, mit rücksichtsloser Entscheidlichkeit auf praktische Erfolge in Gesetzgebung und Verwaltung durch Aufführung „entschieden liberaler und demokratischer Forderungen“ hinarbeiten sollte. Dass es sich bei diesen praktischen Erfolgen nicht um Erfolge der neu geschaffenen nationalen Mehrheit, sondern ausschließlich um solche einer verhüllend kleinen freisinnig-demokratischen Minderheit handeln soll, geht schon aus dem Umstande hervor, daß man unter Hinweis auf die nachgerade zum Popanz gewordene „Reaktion“ an die Nationalliberalen das Auslinnen stellte, sich möglichst weit nach links zu konzentrieren. Der maßgebende, befonnene Nationalliberalismus wird angehoben der entscheidend wichtigen Vermittlerrolle zwischen rechts und links, die ihm durch die neue Orientierung unserer inneren Politik zugesessen ist, keinesfalls auf die losenden Sirenenklänge des Freisinns eingehen, und mit Recht schrieb noch neulich ein nationalliberaler Blatt angesichts solcher Anzüglichungen, daß die Zukunft des Gesamtbliberalismus nicht davon abhänge, ob der Nationalliberalismus sich möglichst weit nach links entwölfe, sondern ganz im Gegenteil davon, ob die Befreiung des Freisinns von unschreibbarem Doktrinärismus zu gesunder, praktischer Mitarbeit an allen nationalen Aufgaben gründlich und dauerhaft sein werde.

Die inneren Gegensätze der neuen Mehrheit werden vorläufig im Reichstag wohl zu keiner Explosion führen, denn die Reichsregierung hat den Arbeitsstoff sehr vorsichtig disponiert. Für die fünf Arbeitswochen, die bis Pfingsten, wo der Reichstag wahrscheinlich geschlossen werden wird, zur Verfügung stehen, liegen an Beratungsthoff nur der Etat, das Haushaltsentwurf, der Entwurf betreffend die Teuerungszulagen für die Reichsbeamten, das Gesetz über die Einschärfung der Majestätsbeleidigungsprozeße und die Erweiterung des Nordostsee-Kanals vor. Hier sind schwerere Differenzen, die sich zu einer Scheidung zwischen rechts und links auswachsen könnten, so gut wie ausgeschlossen. Dagegen droht der prompten Erledigung der parlamentarischen Geschäfte ein anderer Feind: die Redefreiheit, die sich bei jedem neu zusammengesetzten Parlament gestellt zu machen pflegt. Vor den Osterferien ist ein reichlicher Teil der verfügbaren Zeit bereits mit unzähligen weitläufigen Interpellationen — man kann es getrost sagen — gerodet und verdeckt worden. Wohl hat die

Bewilligung der Diäten an die Reichsboten bis jetzt das Zusammenhalten eines beschlußfähigen Hauses ermöglicht, aber die von den Diätenfreunden vornehmlich erwartete günstige Wirkung der Entschädigungsgelder auf Ablösung der Debatten und Enddämpfung der unschönen Nebenwirkung ist fast gänzlich ausgeblieben. Bernkunstige Schlussanträge, von der nationalen Mehrheit gestellt, wurden von der liberal-sozialdemokratischen Minderheit mit Hilfe der abtrünnigen Gruppen einschließlich niedergeschüttet, und so war besonders die Meinung auf die Hälfte zusammengezogene Umsurzpartei nach wie vor in der Lage, die Rednertribüne des Reichstags an endlos langen und unerhörte breite Agitationen und Schmähreden auszunutzen. Die Frage ist, ob hierin nach den Ferien eine Wendung zum Besseren eintreten wird. Am Anfang des Reichstages selbst wäre es aus mehr als einem Grunde zu wünschen, denn die Zeit drängt: Fünf Wochen sind nicht viel, wenn man bedenkt, daß von dieser Zeit noch mindestens fünf Schwerinstitute abgehen. Wie die Erfahrung lehrt, muß man auf die Beratung des Staats in zweiter und dritter Sitzung mindestens zwei Wochen rechnen, ja es hat schon Jahre gegeben, wo man in drei und vier Wochen noch nicht fertig war. Die Erörterung des Staats des Reichs-amtes des Innern pflegt insbesondere alle guten und bösen Geister zu entfesseln: Reden und Anregungen, Anträge und Anklagen wachsen da ins Unendliche. Aehnlich geht es beim Militärateam an, und diesmal droht zudem eine unheilschwangere Debatte anlaßlich der Beratung des Kolonialrats, denn trotz erlittener Abwahl werden es sich die roten und schwarzen Brüder nicht nehmen lassen, die alte schmutzige Wäsche von neuem zu waschen. Alles in allem eine Mahnung an sämtliche nationalen Parteien, die allzu redelustigen Herren an der Spitze zu halten, damit die Parlamentsmaschine nicht ins Stocken kommt, denn es ist von größter politischer Bedeutung, daß der neue Reichstag sich leistungsfähig erweist. Zentrum und Sozialdemokratie werden sicher alles anstreben, um die Verhandlungen hinauszuzögern, und schon aus diesem Grunde haben Regierung und Reichstagsmehrheit alles Interesse an einer gezielten Fortsetzung des Arbeitsplanes. Damit leichter aber auch wirklich innegehalten werden kann, müssen alle Wortgesichte möglichst abgekürzt werden, und damit sind wir wieder bei der Notwendigkeit angelangt, daß die Freisinnigen sich bei Schlussanträgen nicht wie bisher bodenlos zeigen. Dr. Müller-Meiningen hat zwar in einem Zeitungsaufsatz erklärt, die Linke sei bereit, den Etat mit der gebotenen Beschränkung zu erledigen, aber eine solche Zusage ist leichter gegeben als gehalten.

Dass mit einem möglichst abgekürzten Verfahren bei Beratung des Staats nicht einem Überschreiten der so wichtigen Erörterungen das Wort gerdet werden soll, ist selbstverständlich. Besonders beim Etat des Außenwesens wünschen wir eine recht gründliche Ausdrucksweise, die hoffentlich dem Kanzler nach seiner Erholungssreise im schönen Süden die erwünschte Gelegenheit bieten wird, sich über Deutschlands internationale Lage ohne die bisher übliche Schönwettermacherie zu äußern. Die Seiten sind nach allgemeiner Auffassung sehr ernst, und das deutsche Volk hat das verfassungsmäßige Recht, über die auswärtige Politik reichen Wein eingehen zu erhalten. Zur Beratung des Militärateams möchten wir einen dringenden Wunsch äußern: gewiß ist die äußere Schlagfertigerhaltung des Heeres die eine Hauptfahrt, aber die andere, die innere Justizdiennerhaltung aller Borgelebenstypen, ist nicht minder wichtig. Aus diesem Grunde sei auf die wirtschaftliche Lage des Unteroffizierkorps hingewiesen, die angesichts des fortwährenden Steigens aller Lebensmittelpreise zu einer bedenklichen Katastrophe geworden ist. Sollte die allgemeine Aufbesserung der Unteroffizierlöhne wegen der schlechten finanziellen Lage des Reiches vorläufig nicht angängig sein, so muß wenigstens den verheiratenen Unteroffizieren eine einmalige Beihilfe gewährt werden. Das Gemeinkommen dieser Bedauernswerten ist im Monat teilweise nicht höher als 60 bis 70 Pfennig, und davon muß in vielen Fällen noch die Miete bestritten werden. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Zahl und die Qualität des Unteroffizierkorps unter derartigen Umständen langsam, aber stetig zurückgeht. Hier muß energisch Wandel geschaffen werden! Der Marine-Etat darf keine sachverständigen Abgeordneten Gelegenheit geben, den Staatssekretär des Reichsmarineamts über die Ursachen der außälligen Bauverzerrungen in unserer Kriegsflotte zu interpellieren. Wenn der Grund in einem Verfallen des durch die riesigen Displacementvergrößerungen vor neue Auf-

Preußischer Landtag.

Berlin. (Prin. Tel.) Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine erste Sitzung nach den Osterferien ab und setzte, nachdem es das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Prinzessin v. Arenberg in der üblichen Weise gezeigt, die Beratung des Kultus- und Staats beim Kapitel „Universitäten“ fort. Auf die bezügliche Anregung wurde seitens des Ministers Dr. v. Stadt bezw. Geheimrat Elster erklärt, daß zu einer weiteren Beschäftigung der Aufnahme von Ausländern auf deutschen Universitäten kein

Pfunds sterilisierte Kindermilch Trocken.
(homogene) **Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79/81**
Dresdner Molkerei